Amtliche Bekanntmachung

223 K 51/25

Amtsgericht Bonn

Beschluss

Im Wege der Zwangsvollstreckung zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll am

Mittwoch, 17.02.2027, 09:00 Uhr,
1. Etage, Sitzungssaal W 1.26 (Wilhelmbau), Wilhelmstr. 21, 53111 Bonn

folgender Grundbesitz:

Grundbuch von Bonn, Blatt 7085,
BV lfd. Nr. 1
66.34/1.000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Bonn, Flur 63, Flurstück 116, Hof- und Gebäudefläche, Windmühlenstr. 4a, Größe: 165 m² verbunden mit dem Sondereigentum an den im Garagengeschoß gelegenen, gewerblichen Zwecken dienenden Räumen nebst Abstellraum im Kellergeschoß, im Aufteilungsplan mit Nr. 5 bezeichnet

versteigert werden.

Das Bewertungsobjekt (Wohnung Nr. 5) ist im Garagengeschoss eines Mehrfamilienhauses situiert und verfügt über eine Wohnfläche von rd. 23 m²; zugehörig ist ein Kellerraum. Laut Teilungserklärung sind insgesamt 5 Einheiten sowie 2 Garagenstellplätze in einer Doppelgarage auf dem Grundstück vorhanden.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 08.09.2025 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf

107.000,00 €

festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.